



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI
Bundesamt für Sozialversicherungen BSV

Nachtrag 21 zur Wegleitung über die Renten (RWL) in der Eid- genössischen Alters-, Hinterlassenen- und In- validenversicherung

Gültig ab 1. Januar 2023

318.104.0121 d RWL

11.22

Vorwort zum Nachtrag 21, gültig ab 1. Januar 2023

Der vorliegende Nachtrag 21 erhält die auf den 1. Januar 2023 in Kraft tretenden Änderungen. Mit dem Vermerk 1/23 unter jeder betreffenden Randziffer wird auf die Änderung hingewiesen.

Nebst Präzisierungen, welche sich aufgrund der in der Praxis gesammelten Erfahrungen ergeben, werden insbesondere die Bestimmungen bezüglich Drittauszahlung präzisiert. Die Ergänzungen basieren auf den Ausführungen in der AHV-Mitteilung Nr. 383 vom 10. Oktober 2016. Des Weiteren werden die überholten Ausführungen zur Ausrichtung eines Taschengeldes an die rentenberechtigte Person - wenn die Auszahlung der Renten an einen Beistand oder eine Fürsorgestelle erfolgt - überarbeitet.

Aufgrund des Urteils vom 11. Oktober 2022 der Grossen Kammer des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte (EGMR), welchem die Schweiz verbindlich Folge leisten muss, werden die Anspruchsbestimmungen für eine Witwerrente angepasst und das Kapitel 3.7.1 neu strukturiert. Ein verwitweter Mann mit Kind hat ab dem 11. Oktober 2022 neu – gleich wie eine verwitwete Frau – Anspruch auf eine Witwerrente, wenn er im Zeitpunkt der Verwitwung eines oder mehrere Kinder hat (unabhängig vom Alter des Kindes) und die Verwitwung nach dem 11. Oktober 2022 erfolgt. Für am 11. Oktober 2022 abgeschlossene oder hängige Fälle vgl. AHV/EL-Mitteilung Nr. 460 vom 21. Oktober 2022.

Schlussendlich werden in den Anhängen I, III und VI die Zahlen aufgrund der Rentenerhöhung angepasst.

3115
1/23

Beträgt der Invaliditätsgrad weniger als 50 Prozent, so werden die Renten nur an Versicherte ausbezahlt, die ihren Wohnsitz und ihren gewöhnlichen Aufenthalt in der Schweiz haben. Diese Voraussetzung ist auch von Angehörigen zu erfüllen, für die eine Leistung beansprucht wird. Vorbehalten ist der Export von IV-Renten mit einem prozentualen Anteil von weniger als 50 Prozent einer ganzen Rente gemäss Ziff. 5.5 [KSBIL](#).

3.7.1 Anspruchsvoraussetzungen

3401
1/23

Eine verwitwete Person, die im Zeitpunkt der Verwitwung eines oder mehrere Kinder hat, hat Anspruch auf eine Witwen- oder Witwerrente ([Art. 23 Abs. 1 AHVG](#))¹. Bei Witwern mit volljährigen Kindern besteht der Anspruch auf eine Rente gemäss Urteil des EGMR vom 11. Oktober 2022 nur, wenn die Verwitwung nach dem 11. Oktober 2022 eingetreten ist.

Pflegekinder, die im Zeitpunkt der Verwitwung mit der Witwe oder dem Witwer im gemeinsamen Haushalt leben und Pflegekinder sind oder von ihm adoptiert wurden ([Art. 23 Abs. 2 Bst. a und b AHVG](#)), sind Kindern von Witwen oder Witwern gleichgestellt.

3401.1
1/23

Mindestens ein Kind muss – unter Vorbehalt von Rz 3403 und 3403.1 – im Zeitpunkt der Verwitwung leben; dagegen berührt der nachträgliche Tod der Kinder den Rentenanspruch nicht. Ferner ist unerheblich, wie alt die Kinder sind und ob sie selbst Anspruch auf Waisenrente haben oder nicht. Schliesslich ist es nicht erforderlich, dass zwischen dem verstorbenen Ehegatten und den Kindern ein Kindesverhältnis im Sinne von [Art. 252 ZGB](#) bestand.

¹ Infolge des Urteils des EGMR vom 11.10.2022 i.S. B. gegen die Schweiz (Beschwerde Nr. 78630/12), vgl. AHV/EL-Mitteilung Nr. 460 vom 21.10.2022

3.7.1.1 Besondere Voraussetzungen für Witwen

3402 Als Witwe mit Kind gilt auch die Ehefrau der Mutter gemäss
1/23 [Art. 255a Abs. 1 ZGB](#).

3.7.1.2 Besondere Voraussetzungen für Witwer

3407 aufgehoben (per 11.10.2022)
1/23

3407.1 Ab dem 11. Oktober 2022 besteht der Anspruch auf eine
1/23 Witwenrente über das 18. Altersjahr des jüngsten Kindes hinaus. Für geschiedene Männer ist diese Regelung nicht anwendbar (Rz 3421). Vgl. [AHV/EL-Mitteilung Nr. 460 vom 21. Oktober 2022](#).

3422 aufgehoben
1/23

3437 - das jüngste Kind, welches Anspruch auf die Witwenrente
1/23 (Rz 3419) oder Witwenrente (Rz 3421) gibt, das 18. Altersjahr vollendet hat ([Art. 24a Abs. 2 AHVG](#)).

5020 Für die Bestimmung der vollen Beitragsjahre einer Person
1/23 ist von der in Rz 5005 ff. umschriebenen persönlichen Beitragsdauer auszugehen, die sie vom 1. Januar des der Vollendung des 20. Altersjahres folgenden Kalenderjahres bis zum 31. Dezember vor Eintritt des Versicherungsfalls zurückgelegt hat. Als Eintritt des Versicherungsfalls gilt dabei die Vollendung des Rentenalters (beim Rentenvorbezug die Vollendung des 62., 63. oder 64. Altersjahres) bzw. der Zeitpunkt des Invaliditätseintritts oder des Todes. Beitragszeiten, die zwischen dem 31. Dezember vor Eintritt des Versicherungsfalls und der Entstehung des Rentenanspruchs zurückgelegt wurden, können zur Schliessung von Beitragslücken herangezogen werden.

- 5530.1
1/23 Bezieht ein Ehegatte eine Invalidenrente nach bisherigem Recht und der andere Ehegatte eine Invalidenrente nach dem stufenlosen Rentensystem, so richtet sich die Plafo-
nierung der beiden Renten in Abweichung von [Art. 32 Abs. 2 IVV](#) nach dem Anspruch des Ehegatten, der die IV-Rente mit dem höheren prozentualen Anteil einer ganzen Invalidenrente aufweist ([Bst. c der Übergangsbestimmungen der Änderungen der WE IV der IVV, KS ÜB WE IV Rz 5002](#)).
- 6322
1/23 Als Abruf gilt der Antrag der rentenberechtigten Person um Auszahlung der aufgeschobenen Rente. Der Abruf ist auch erforderlich, wenn die Rente für die höchstmögliche gesetzliche Dauer von 5 Jahren aufgeschoben worden ist.
- 10004
1/23 Die Renten und Hilflosenentschädigungen werden grundsätzlich an die rentenberechtigte Person ausbezahlt und zwar auf deren Post- oder Bankkonto.
- 10028.1
1/23 Kein ausreichender Grund für eine Drittauszahlung liegt vor, wenn die leistungsberechtigte Person vorübergehend oder über längere Zeit nicht in der Lage ist, ihre Leistung persönlich in Empfang zu nehmen (z.B. Spital- oder Aus-
landaufenthalt). In solchen Fällen kann die leistungsberechtigte Person z.B. eine Bankvollmacht für eine Drittperson ausstellen.
- 10028.2
1/23 Als Dritte kommen beispielsweise Angehörige der anspruchsberechtigten Person infrage, welche unterstützungspflichtig sind oder diese Person dauernd betreuen.
- 10029
1/23 Das Gesuch um Drittauszahlung ist mit dem [Formular 318.182](#) geltend zu machen. Die erforderliche Vollmacht für die Drittperson bildet integrierender Bestandteil des Formulars. Die von der leistungsberechtigten Person bezeichneten Drittperson verpflichtet sich mit der Unterzeichnung des Formulars dazu, die Meldepflicht zu erfüllen ([Art. 31 Abs. 1 ATSG](#)) und zu Unrecht bezogene Leistungen zu-
rückzuerstatten ([Art. 2 ATSV](#)).

- 10030
1/23 Geldleistungen (Renten oder Hilflosenentschädigung) können einer Drittperson oder Behörde, welche die leistungsberechtigte Person unterstützt oder dauernd fürsorgerisch betreut, ausbezahlt werden, sofern die Überweisung auf ein persönliches Post- oder Bankkonto nicht angezeigt ist und falls ([Art. 20 ATSG](#), [Art. 1 ATSV](#)):
- die leistungsberechtigte Person die Leistung nicht für ihren Unterhalt oder den Unterhalt jener Personen verwendet, für die sie zu sorgen hat, oder nicht imstande ist, hierfür zu verwenden; und
 - die leistungsberechtigte Person oder die Person, für die sie zu sorgen hat, deswegen ganz oder teilweise der öffentlichen oder privaten Fürsorge zur Last fällt; und
 - keine Gefahr einer Umgehung des Abtretungsverbotes ([Art. 22 ATSG](#)) besteht.
- 10030.1
1/23 Keine Gewähr für zweckgemässe Verwendung der Zusatzrenten der AHV und Kinderrenten liegt auch vor, wenn die leistungsberechtigte Person diese ihr zustehenden Leistungen nicht für den Unterhalt der Familie verwendet und diese deshalb in Not geraten. In solchen Fällen kann die Zusatzrente der AHV oder die Kinderrente direkt an den nicht rentenberechtigten Ehegatten bzw. den Vertreter der Kinder ausbezahlt werden.
- 10031
1/23 «Heimeintritt» oder «Vereinfachung der Verwaltung/Administration» sind keine Gründe für eine Gutheissung der Drittauszahlung. Die direkte Auszahlung der Rente oder der Hilflosenentschädigung an das Alters- oder Pflegeheim, in welchem sich die leistungsberechtigte Person aufhält, ist nicht erlaubt.
- Unzulässig ist in der Regel auch die direkte Auszahlung der Hilflosenentschädigung einer hospitalisierten, leistungsberechtigten Person an das Spital (ZAK 1973 S. 178).
- 10032
1/23 Allein die Tatsache, dass jemand von einer Fürsorgebehörde unterstützt wird, rechtfertigt es nicht, die Leistung an diese Behörde ausbezahlen.

- 10034
1/23 Die Drittauszahlung der Rente oder Hilflosenentschädigung an einen Drittempfänger gemäss [Art. 20 ATSG](#) darf nur in Ausnahmefällen angeordnet werden und nur, wenn die Voraussetzungen hierfür gegeben sind. Ein entsprechender Antrag von Angehörigen oder Behörden muss einlässlich begründet sein. Die Ausgleichskasse hat dabei die angegebenen Verhältnisse sorgfältig zu prüfen. Art und Ergebnis der Prüfung müssen aus den Akten hervorgehen.
- 10036
1/23 Das Gesuch um Drittauszahlung ist mit dem [Formular 318.182](#) geltend zu machen. Die erforderliche Vollmacht für die Drittperson bildet integrierender Bestandteil des Formulars. Die von der leistungsberechtigten Person bezeichneten Drittperson verpflichtet sich mit der Unterzeichnung des Formulars dazu, die Meldepflicht zu erfüllen ([Art. 31 Abs. 1 ATSG](#)) und zu Unrecht bezogene Leistungen zurückzuerstatten ([Art. 2 ATSV](#)).
- 10037
1/23 aufgehoben
- 10038
1/23 Die Erwachsenenschutzbehörde kann schon vor Errichtung einer Beistandschaft im Rahmen vorsorglicher Massnahmen besondere Anordnungen über die Auszahlung der Leistungen treffen. Diese sind für die Ausgleichskasse verbindlich.
- 1/23 **10.1.4.1 Auszahlung an Beistand oder Fürsorgestelle**
- 10040
1/23 An einen Beistand gemäss [Art. 393 – 397 ZGB](#) werden die Geldleistungen nur ausbezahlt, wenn er berechtigt ist, das Einkommen und Vermögen der leistungsberechtigten Person zu verwalten, d.h. wenn das Verfügungsrecht über die Geldleistungen durch einen rechtskräftigen Titel ausgewiesen oder die Auszahlung der Geldleistungen an den Beistand von der zuständigen Erwachsenenschutzbehörde angeordnet wird.

- 10040.1 1/23 Wird im Beschluss, mit welchem die KESB die Beistandschaft gemäss [Art. 393 – 397 ZGB](#) errichtet, nicht explizit angeordnet, dass die Geldleistungen an den Beistand ausbezahlt ist, darf keine Drittauszahlung an den Beistand erfolgen.
- 10042 1/23 Die Drittauszahlung der Geldleistungen ist durch die Behörde mit dem [Formular 318.182](#) geltend zu machen. Die erforderliche Vollmacht für die Drittperson bildet integrierender Bestandteil des Formulars. Die von der leistungsberechtigten Person bezeichneten Drittperson verpflichtet sich mit der Unterzeichnung des Formulars dazu, die Meldepflicht zu erfüllen ([Art. 31 Abs. 1 ATSG](#)) und zu Unrecht bezogene Leistungen zurückzuerstatten ([Art. 2 ATSV](#)).
- 10043 1/23 Erfolgt die Auszahlung der Rente an einen Beistand oder eine Fürsorgestelle, so soll in der Regel der rentenberechtigten Person ein angemessener Betrag der Rente als Taschengeldzukommen und zu ihrer freien Verfügung stehen ([Art. 409 ZGB](#)).
- 10044 1/23 Die Festlegung der Höhe sowie die Auszahlung des Taschengeldes obliegt dem Drittempfänger der Rente. Dieser kann von einer Ausrichtung des Taschengeldes absehen oder dieses kürzen, wenn dessen zweckgemässe Verwendung durch die rentenberechtigte Person in Frage gestellt wäre.
- 10047 1/23 – von rentenberechtigten Personen mit Beistand an die zuständige Erwachsenenschutzbehörde;
- 10048 1/23 – von rentenberechtigten Personen, deren Rente einer Fürsorgestelle ausbezahlt wird, an die zuständige Fürsorgestelle der Gemeinde oder an die zuständige kantonale Aufsichtsinstanz.

1/23 **10.2.5 Auszahlung mittels Auszahlungsschein mit Referenznummer im Ausnahmefall**

10107 In Ausnahmefällen können leistungsberechtigte Personen
1/23 die Ausrichtung der Leistung mittels Auszahlungsschein
mit Referenznummer beantragen (vgl. Rz 3005 ff [KSPF](#)).

10108 aufgehoben
1/23

10109 aufgehoben
1/23

10110 aufgehoben
1/23

Anhang I

1/23

1. Erfüllung der Mindestbeitragspflicht

Ob für einen Zeitabschnitt, während welchem eine Person *versichert und beitragspflichtig* war, der entsprechende Mindestbeitrag entrichtet worden ist bzw. für welchen Zeitraum die Beitragspflicht als erfüllt gilt, ist wie folgt festzustellen.

2. Kalenderjahre, für welche im IK Einkommen aufgezeichnet wurden

2.1 Unselbständigerwerbende

2.1.1 Einfacher Mindestbeitrag

Jahre	Einkommen gemäss IK											
	bis und mit Fr.											ab Fr.
1948–1968	25	50	75	100	125	150	175	200	225	250	275	276
1969–1972	64	129	193	258	322	387	451	516	580	645	709	710
1973–1978	83	166	250	333	416	500	583	666	750	833	916	917
1979–1981	166	333	500	666	833	1000	1166	1333	1500	1666	1833	1834
1982–1985	208	416	625	833	1041	1250	1458	1666	1875	2083	2291	2292
1986–1989	250	500	750	1000	1250	1500	1750	2000	2250	2500	2750	2751
1990–1991	267	534	801	1068	1335	1602	1869	2136	2403	2670	2937	2938
1992–1995	297	594	891	1188	1485	1782	2079	2376	2673	2970	3267	3268
1996–2002	322	644	966	1288	1610	1932	2254	2576	2898	3220	3542	3543
2003–2006	351	702	1053	1404	1755	2106	2457	2808	3159	3510	3861	3862
2007–2008	367	734	1101	1468	1835	2202	2569	2936	3303	3670	4037	4038
2009–2010	380	760	1140	1520	1900	2280	2660	3040	3420	3800	4180	4181
2011–2012	384	768	1152	1536	1920	2304	2688	3072	3456	3840	4224	4225
2013–2018	389	778	1167	1556	1945	2334	2723	3112	3501	3890	4279	4280
2019–2020	392	784	1176	1568	1960	2352	2744	3136	3528	3920	4312	4313
2021–2022	396	792	1188	1584	1980	2376	2772	3168	3564	3960	4356	4357
ab 2023	404	808	1212	1616	2020	2424	2828	3232	3636	4040	4444	4445
Beitragspflicht erfüllt für .. Monate	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12

2.1.2 Doppelter Mindestbeitrag

Zeitabschnitte, für welche die Beiträge während der Ehe gemäss [Art. 3 Abs. 3 AHVG](#) als bezahlt gelten, werden für den nichterwerbstätigen Ehegatten wie folgt ermittelt. Ausgehend vom IK-Eintrag des erwerbstätigen Ehegatten, ist dem nichterwerbstätigen Ehegatten die Beitragsdauer gemäss nachstehender Tabelle anzurechnen.

Beispiel:

Der erwerbstätige Ehegatte hat für das Jahr 1996 einen IK-Eintrag von 6000 Franken. Dem nichterwerbstätigen Ehegatten können folglich 10 Monate angerechnet werden.

Jahre	Einkommen gemäss IK											
	bis und mit Fr.											ab Fr.
1948–1968	50	100	150	200	250	300	350	400	450	500	550	551
1969–1972	128	258	386	516	644	774	902	1032	1160	1290	1418	1419
1973–1978	166	332	500	666	832	1000	1166	1332	1500	1666	1832	1833
1979–1981	332	666	1000	1332	1666	2000	2332	2666	3000	3332	3666	3667
1982–1985	416	832	1250	1666	2082	2500	2916	3332	3750	4166	4582	4583
1986–1989	500	1000	1500	2000	2500	3000	3500	4000	4500	5000	5500	5501
1990–1991	535	1070	1605	2140	2675	3210	3745	4280	4815	5350	5885	5886
1992–1995	594	1188	1782	2376	2970	3564	4158	4752	5346	5940	6534	6535
1996–2002	644	1288	1932	2576	3220	3864	4508	5152	5796	6440	7084	7085
2003–2006	701	1402	2103	2804	3505	4206	4907	5608	6309	7010	7711	7712
2007–2008	734	1468	2202	2936	3670	4404	5138	5872	6606	7340	8074	8075
2009–2010	759	1518	2277	3036	3795	4554	5313	6072	6831	7590	8349	8350
2011–2012	769	1538	2307	3076	3845	4614	5383	6152	6921	7690	8459	8460
2013–2018	778	1556	2334	3112	3890	4668	5446	6224	7002	7780	8558	8559
2019-2020	784	1568	2352	3136	3920	4704	5488	6272	7056	7840	8624	8625
2021-2022	791	1582	2373	3164	3955	4746	5537	6328	7119	7910	8701	8702
ab 2023	808	1616	2424	3232	4040	4848	5656	6464	7272	8080	8888	8889
Beitragspflicht erfüllt für .. Monate	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12

2.2 Nichterwerbstätige

Jahre	Einkommen gemäss IK											
	bis und mit Fr.											ab Fr.
1948–1968	25	50	75	100	125	150	175	200	225	250	275	276
1969–1972	67	134	201	268	335	402	469	536	603	670	737	738
1973–1978	83	166	249	332	415	498	581	664	747	830	913	914
1979–1981	167	334	501	668	835	1002	1169	1336	1503	1670	1837	1838
1982–1985	208	416	624	832	1040	1248	1456	1664	1872	2080	2288	2289
1986–1989	250	500	750	1000	1250	1500	1750	2000	2250	2500	2750	2751
1990–1991	267	534	801	1068	1335	1602	1869	2136	2403	2670	2937	2938
1992–1995	297	594	891	1188	1485	1782	2079	2376	2673	2970	3267	3268
1996–2002	322	644	966	1288	1610	1932	2254	2576	2898	3220	3542	3543
2003–2006	351	702	1053	1404	1755	2106	2457	2808	3159	3510	3861	3862
2007–2008	367	734	1101	1468	1835	2202	2569	2936	3303	3670	4037	4038
2009–2010	380	760	1140	1520	1900	2280	2660	3040	3420	3800	4180	4181
2011–2012	384	768	1152	1536	1920	2304	2688	3072	3456	3840	4224	4225
2013–2018	389	778	1167	1556	1945	2334	2723	3112	3501	3890	4279	4280
2019–2020	392	784	1176	1568	1960	2352	2744	3136	3528	3920	4312	4313
2021–2022	396	792	1188	1584	1980	2376	2772	3168	3564	3960	4356	4357
ab 2023	404	808	1212	1616	2020	2424	2828	3232	3636	4040	4444	4445
Beitragspflicht erfüllt für .. Monate	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12

2.3 Selbständigerwerbende und Arbeitnehmer ohne beitragspflichtigen Arbeitgeber

Wegen der sinkenden Beitragsskala ist bei der Abklärung über die Erfüllung der Mindestbeitragspflicht allenfalls in zwei Schritten wie folgt vorzugehen:

Sind im IK mindestens die nachfolgenden Einkommen eingetragen, so ist die *jährliche Mindestbeitragspflicht* – im Falle unterjähriger Versicherungs- und Beitragspflicht die Beitragspflicht für die entsprechenden Monate – in jedem Fall erfüllt:

2.3.1 Einfacher Mindestbeitrag

Jahre	Einkommen gemäss IK von Fr. ... und mehr
1948–1968	551
1969–1972	1 412
1973–1975	1 834
1976–1978	1 788
1979–1981	3 631
1982–1985	4 529
1986–1989	5 435
1990–1991	5 809
1992–1995	6 458
1996–2002	6 986
2003–2006	7 613
2007–2008	7 976
2009–2010	8 240
2011–2012	8 339
2013–2018	8 559
2019-2020	8 625
2021-2022	8 702
ab 2023	8 889

Unterschreiten die im IK eingetragenen Einkommen die oben aufgeführten Grenzwerte, so ist bei der für den Beitragsbezug zuständigen Ausgleichskasse der für das einzelne Kalenderjahr tatsächlich bezahlte AHV- (bis 1959) bzw. AHV/IV/EO-Beitrag (ab 1960) zu erfragen und gestützt darauf anhand der nachfolgenden Tabelle die Anzahl der Monate, für die die Beitragspflicht als erfüllt gilt, zu ermitteln (es ist durchaus möglich, dass trotz Unterschreitung der Grenzwerte gemäss obiger Tabelle anhand der nachstehenden Tabelle die jährliche Mindestbeitragspflicht als erfüllt gilt).

Jahre	Bezahlter Beitrag												
	Art	bis und mit Fr.											ab Fr.
1948–1959	AHV	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
1960–1968	AHV/IV/EO	1	2	3	4	6	7	8	9	10	12	13	14
1969–1972	AHV/IV/EO	4	8	12	16	20	24	28	32	36	40	44	45
1973–1975	AHV/IV/EO	7	15	22	30	37	45	52	60	67	75	82	83
1976–1978	AHV/IV/EO	8	16	25	33	41	50	58	66	75	83	91	92
1979–1981	AHV/IV/EO	16	33	50	66	83	100	116	133	150	166	183	184
1982–1985	AHV/IV/EO	20	41	62	83	104	125	145	166	187	208	229	230
1986–1989	AHV/IV/EO	25	50	75	100	125	150	175	200	225	250	275	276
1990–1991	AHV/IV/EO	27	54	81	108	135	162	189	216	243	270	297	298
1992–1995	AHV/IV/EO	30	60	90	120	150	180	210	240	270	300	330	331
1996–2002	AHV/IV/EO	32	65	97	130	162	195	227	260	292	325	357	358
2003–2006	AHV/IV/EO	35	70	106	141	177	212	247	283	318	354	389	390
2007–2008	AHV/IV/EO	37	74	111	148	185	222	259	296	333	370	407	408
2009–2010	AHV/IV/EO	38	76	115	153	191	230	268	306	345	383	421	422
2011–2012	AHV/IV/EO	39	79	118	158	197	237	277	316	356	395	435	436
2013–2015	AHV/IV/EO	40	80	120	160	200	240	280	320	360	400	440	441
2016–2018	AHV/IV/EO	39	79	119	159	199	239	278	318	358	398	438	439
2019	AHV/IV/EO	40	80	120	160	200	241	281	321	361	401	441	442
2020	AHV/IV/EO	41	82	124	165	206	248	289	330	372	413	454	455
2021-2022	AHV/IV/EO	41	83	125	167	209	251	293	335	377	419	461	462
ab 2023	AHV/IV/EO	42	85	128	171	214	257	299	342	385	428	471	472
Beitrags- pflicht er- füllt für .. Monate		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12

2.3.2 Doppelter Mindestbeitrag

Für die Ermittlung der Beitragsdauer des nichterwerbstätigen Ehegatten einer selbständigerwerbenden Person ist analog 2.1.2 vorzugehen.

Jahre	Einkommen gemäss IK von Fr. ... und mehr
1948–1953	1 013
1954–1968	1 101
1969–1972	2 751
1973–1978	3 576
1979–1981	7 239
1982–1983	8 801
1984–1985	8 988
1986–1989	10 638
1990–1991	11 364
1992–1995	12 563
1996–2002	13 663
2003–2006	14 851
2007–2008	15 588
2009–2010	16 138
2011–2012	16 314
2013–2018	16 688
2019–2020	16 864
2021–2022	17 051
ab 2023	17 414

Jahre	Bezahlter Beitrag												
	Art	bis und mit Fr.											ab Fr.
1948–1959	AHV	2	4	6	8	10	12	14	16	18	20	22	23
1960–1968	AHV/IV/EO	2	4	6	8	12	14	16	18	20	24	26	27
1969–1972	AHV/IV/EO	8	16	24	32	40	48	56	64	72	80	88	89
1973–1975	AHV/IV/EO	14	30	44	60	74	90	104	120	134	150	164	165
1976–1978	AHV/IV/EO	16	32	50	66	82	100	116	132	150	166	182	183
1979–1981	AHV/IV/EO	32	66	100	132	166	200	232	266	300	332	366	367
1982–1985	AHV/IV/EO	40	82	124	166	208	250	290	332	374	416	458	459
1986–1989	AHV/IV/EO	50	100	150	200	250	300	350	400	450	500	550	551
1990–1991	AHV/IV/EO	54	108	162	216	270	324	378	432	486	540	594	595
1992–1995	AHV/IV/EO	60	120	180	240	300	360	420	480	540	600	660	661
1996–2002	AHV/IV/EO	65	130	195	260	325	390	455	520	585	650	715	716
2003–2006	AHV/IV/EO	70	141	212	283	354	425	495	566	637	708	779	780
2007–2008	AHV/IV/EO	74	148	222	296	370	445	519	593	667	741	815	816
2009–2010	AHV/IV/EO	76	153	230	306	383	460	536	613	690	766	843	844
2011–2012	AHV/IV/EO	79	158	237	316	395	475	554	633	712	791	870	871
2013–2015	AHV/IV/EO	80	160	240	320	400	480	560	640	720	800	880	881
2016–2018	AHV/IV/EO	79	159	239	318	398	478	557	637	717	796	876	877
2019	AHV/IV/EO	80	160	241	321	401	482	562	642	723	803	883	884
2020	AHV/IV/EO	82	165	248	330	413	496	578	661	744	826	909	910
2021-2022	AHV/IV/EO	83	167	251	335	419	503	586	670	754	838	922	923
ab 2023	AHV/IV/EO	85	171	257	342	428	514	599	685	771	856	942	943
Beitragspflicht erfüllt für .. Monate		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12

Anhang III

1/23

Ansätze zur Bestimmung des Unterhaltsbedarfes für Kinder

Kinder	Altersjahr	1/2					1/4				
		2013	2015	2019	2021	2023	2013	2015	2019	2021	2023
1 Kind	bis 6	747	750	757	763	782	373	375	378	382	391
	7-12	795	798	805	812	832	397	399	403	406	416
	13-16	795	798	805	812	832	397	399	403	406	416
	17 u. älter	911	915	923	931	954	456	457	461	465	477
1 von 2 Kindern	bis 6	626	628	634	639	655	313	314	317	320	328
	7-12	678	681	687	692	710	339	340	343	346	355
	13-16	687	690	696	702	719	343	345	348	351	360
	17 u. älter	769	772	779	785	805	384	386	389	393	402
1 von 3 Kindern	bis 6	566	568	573	578	592	283	284	287	289	296
	7-12	596	598	604	609	624	298	299	302	304	312
	13-16	605	607	613	618	633	302	304	306	309	317
	17 u. älter	691	694	700	706	723	345	347	350	353	362
1 von 4 od. mehr Kindern	bis 6	523	525	530	534	547	261	262	265	267	274
	7-12	562	564	569	574	588	281	282	285	287	294
	13-16	562	564	569	574	588	281	282	285	287	294
	17 u. älter	635	637	643	648	665	317	319	322	324	332

Anhang VI

1/23

Übersicht über die bundesrechtlichen Ansätze für die Härtefallberechnung der laufenden Renten (vgl. Rz 3104 ff.) und die Berechnung der grossen Härte (Rz 10712 ff.)**Stand 1. Januar 2023****Gemeinsame Ansätze**

	Jahresbeträge in Franken
<i>Betrag für den allgemeinen Lebensbedarf</i>	
– für Alleinstehende	20 100
– für Ehepaare	30 150
für Kinder ab 11 Jahren	
– für jedes der ersten zwei Kinder	10 515
– für jedes der weiteren zwei Kinder	7 010
– für jedes der übrigen Kinder	3 505
für Kinder bis 11 Jahre	
– für das erste Kind	7 380
– für das zweite Kind	6 150
– für das dritte Kind	5 125
– für das vierte Kind	4 270
– für jedes der übrigen Kinder	3 560
<i>Krankenkassenprämie</i>	
– für Erwachsene	7 548
– für junge Erwachsene	1 824
– für Kinder	5 796

Ansätze nur für die Berechnung des Härtefalles

	Jahresbeträge in Franken
<i>Mietzinsausgaben (Bruttomietzins)</i>	
– für Erwachsene und Kinder in Mietzinsregion 1	
– alleinlebend	17 580
– Ehepaar ohne Kinder	20 820
– Ehepaar mit einem Kind	23 100
– Ehepaar mit zwei und mehr Kindern	25 200
– im Konkubinat (Zweipersonenhaushalt) ²	10 410
– für Erwachsene und Kinder in Mietzinsregion 2	
– alleinlebend	17 040
– Ehepaar ohne Kinder	20 220
– Ehepaar mit einem Kind	22 140
– Ehepaar mit zwei und mehr Kindern	24 120
– im Konkubinat (Zweipersonenhaushalt) ²	10 110
– für Erwachsene und Kinder in Mietzinsregion 3	
– alleinlebend	15 540
– Ehepaar ohne Kinder	18 780
– Ehepaar mit einem Kind	20 700
– Ehepaar mit zwei und mehr Kindern	22 380
– im Konkubinat (Zweipersonenhaushalt) ²	9 390

² Für unverheiratete Personen in einem Haushalt mit mehr als zwei Personen gelten andere Ansätze (vgl. [Art. 10 Abs. 1 Bst. b ELG](#)).

Ansätze nur für die Berechnung der grossen Härte

	Jahresbeträge in Franken
<i>Mietzinsausgaben (Bruttomietzins)</i>	
– für Erwachsene und Kinder in Mietzinsregion 1	
– alleinlebend	17 580
– Ehepaar ohne Kinder	20 820
– Ehepaar mit einem Kind	23 100
– Ehepaar mit zwei und mehr Kindern	25 200
– im Konkubinat (Zweipersonenhaushalt) ³	10 410
– für Erwachsene und Kinder in Mietzinsregion 2	
– alleinlebend	17 040
– Ehepaar ohne Kinder	20 220
– Ehepaar mit einem Kind	22 140
– Ehepaar mit zwei und mehr Kindern	24 120
– im Konkubinat (Zweipersonenhaushalt) ³	10 110
– für Erwachsene und Kinder in Mietzinsregion 3	
– alleinlebend	15 540
– Ehepaar ohne Kinder	18 780
– Ehepaar mit einem Kind	20 700
– Ehepaar mit zwei und mehr Kindern	22 380
– im Konkubinat (Zweipersonenhaushalt) ³	9 390
Betrag für persönliche Auslagen (für Personen in Heimen und Spitälern)	4 800
Vermögensverzehr für Personen in Heimen und Spitälern, die das ordentliche Rentenalter noch nicht erreicht haben (Invalidenrenten, Hinterlassenenrenten, Waisenrenten)	1/15
Vermögensverzehr für Altersrentnerinnen und -rentner sowie Hinterlassenenrentnerinnen und -rentner im ordentlichen Rentenalter in Heimen und Spitälern	1/10
kantonale. Begrenzung der Heimkosten	keine
<i>zusätzliche Ausgabe</i>	
– bei Alleinstehenden	8 000
– bei Ehepaaren	12 000
– bei Waisen und Kindern, die einen Anspruch auf Kinderrente der AHV oder IV begründen, pro Kind	4 000

³ Für unverheiratete Personen in einem Haushalt mit mehr als zwei Personen gelten andere Ansätze (vgl. [Art. 10 Abs. 1 Bst. b ELG](#)).

Übersicht über die Freibeträge für die Anrechnung des Vermögens (Art. 11 Abs. 1 Bst. c und 1^{bis} ELG)

	Jahresbeträge in Franken
Alleinstehende	30 000
Ehepaare	50 000
bei rentenberechtigten Waisen sowie Kindern, die einen Anspruch auf Kinderrente der AHV oder IV begründen, pro Kind	15 000
Selbstbewohnte Liegenschaft (Normalfall)	112 500
Selbstbewohnter Liegenschaftsbesitz (Sonderfälle):	300 000
a) Die Liegenschaft eines Ehepaars wird von einem Ehegatten bewohnt, während der andere im Heim oder Spital lebt;	
b) Die Liegenschaft eines Ehepaars wird von einem Ehegatten bewohnt, welcher eine Hilflosenentschädigung der AHV, IV, UV oder MV bezieht;	
c) Die Liegenschaft wird von einer alleinstehenden Person bewohnt, welche eine Hilflosenentschädigung der AHV, IV, UV oder MV bezieht.	